

„Too closely identified with Dr. Goebbels“ Die Massenerschießungen von Katyn in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Kriegs

Claudia Weber

1. Zwischen Hitler und Stalin

Am 13. April 1943 berichtete das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB), die offizielle Presseagentur des NS-Staats, über einen „grauenvollen Fund“. „Durch Hinweise von Einwohnern“, hieß es in der Meldung, „wurde in der Umgebung des Waldes von Katyn [...] in der Nähe von Smolensk eine Massenhinrichtungsstätte der Bolschewisten entdeckt.“ Dort seien Gräber geöffnet worden, die „einen ebenso erschütternden wie einwandfreien Aufschluss über den Massenmord an mehr als 10.000 Offizieren aller Grade [...] der ehemaligen polnischen Armee durch Untermenschen der GPU“ gäben. Aufgrund der eingeleiteten Untersuchungen habe festgestellt werden können, dass „die im Auftrage Stalins von den jüdisch-bolschewistischen Mördern viehisch mißhandelten Gefangenen [...] im Frühjahr des Jahres 1940, also *Monate vor Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges*, an dieser Stätte durch *Genickschuß* ermordet wurden“.¹

Erst nach zwei Tagen, am 15. April, dementierte das sowjetische Informationsbüro Sowinform (Sowetskije Informazionnoje Bjuro) die Anschuldigungen, drehte den Spieß um und beschuldigte die Deutschen der Tat: „Im Laufe der vergangenen zwei bis drei Tage verbreiteten die Goebbelsschen Verleumder eine niederträchtige Erfindung, in der behauptet wird, sowjetische Organe hätten im Frühjahr 1940 unweit von Smolensk massenhaft polnische Offiziere

¹ Hervorhebungen im Original gesperrt. Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), MfS-HA IX/11, RHE 13/88 DDR, Bd. 4, Bl. 147f. Pressemitteilung des Deutschen Nachrichtenbüros vom 13.4.1943. Die DNB-Mitteilung gehört zu einem Dokumentenbestand, der dem MfS aufgrund eines Rechtshilfeersuchens (RHE 13/88) der Hauptabteilung IX aus sowjetischen Archiven übergeben wurde. (Für die Informationen zur Quellenprovenienz des so genannten Nazi-Archivs des MfS danke ich Andrej Angrick.) Im Tagebuch von Joseph Goebbels sowie in den Dokumenten des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda wurde häufig die GPU als Täterinstitution genannt. Formal war die GPU (Gossudarstwenoje Polititscheskoje Uprawlenije) zum Zeitpunkt der Erschießungen bereits im Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, NKWD (Narodny Kommissariat Wnutrennich Del), aufgegangen.

erschossen. Indem das deutsch-faschistische Lumpengesindel diese Ungeheuerlichkeiten erfand, schreckte es vor den schändlichsten und unsinnigsten Lügen nicht zurück, um dieses Verbrechen abzuschirmen, das – wie jetzt deutlich wurde – von ihnen selbst verübt worden ist.“ Die polnischen Kriegsgefangenen, so die Version Moskaus, waren „bei Bauarbeiten westwärts von Smolensk 1941 eingesetzt“ gewesen und „gemeinsam mit zahlreichen sowjetischen Bürgern in die Hände der deutsch-faschistischen Mörder“ gefallen, „nachdem sich die sowjetischen Truppen aus dem Raum Smolensk zurückgezogen hatten“.²

Es dauerte fast ein halbes Jahrhundert, bis eine dritte, abermals aus Moskau kommende Erklärung folgte. Am 13. April 1990 meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, dass „Archivare und Historiker [...] unlängst Dokumente über polnische Soldaten gefunden [haben], die vom NKWD der UdSSR in drei Lagern in Koselsk, Ostaschkow und Starobelsk festgehalten worden sind. [...] Im Ganzen betrachtet, lassen die gefundenen Dokumente den Schluss zu, dass Berija und Merkulow sowie deren Befehlsempfänger direkte Verantwortung für die grausame Tat im Wald von Katyn tragen. [...] Die sowjetische Seite, die ihr tiefes Bedauern über die Tragödie von Katyn ausdrückt, erklärt, dass diese eines der abscheulichen Verbrechen des Stalinismus repräsentiert.“³

Mit der deutschen Pressemeldung und dem sowjetischen Dementi von 1943 begann eine Jahrzehnte andauernde Verhandlung über die Täter und den Tod Tausender polnischer Kriegsgefangener.⁴ Die TASS-Erklärung von 1990 markierte deren Ende. Dazwischen lagen Jahre der erregten Spekulation, der politisch-ideologischen Tabus und der hilflosen Verrätselungen eines stalinistischen Kriegsverbrechens. Wer war für die Ermordung der Polen verantwortlich – die „deutsch-faschistischen Mörder“, wie Stalin behauptete, oder die „Untermenschen der GPU“, wie Goebbels’ Propaganda tönte? Erst das Eingeständnis des letzten sowjetischen Regierungschefs Michail Gorbatschow, dass es sich bei den Massenerschießungen um ein „abscheuliches Verbrechen des Stalinismus“ gehandelt habe, beantwortete die 47 Jahre währende Streitfrage. Die Geschichte der Massenerschießungen von Katyn schien an ihr Ende zu kommen.

Und in der Tat: Nachdem die TASS-Erklärung in den 1990er-Jahren eine internationale politische, wissenschaftliche und öffentliche Diskussion über Ka-

² So zitiert bei Gerhard Kaiser/Andrzej Leszek Szcześniak, *Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren*, Berlin 1992, S. 102f.

³ Eigene Übersetzung. Englischer Text bei Anna M. Ciencala/Natalia S. Lebedeva/Wojciech Materski, *Katyn. A Crime without Punishment*, New Haven 2007, S. 344f. Die Meldung erschien am 14. April 1990 in der Parteizeitung *Prawda*.

⁴ Die Polen waren im September 1939 von der Roten Armee gefangengenommen worden – was Moskau nie bestritt. Im April 1943 wurde der Fund der Massengräber bekanntgegeben, in politischen Kreisen wurde das Schicksal der Gefangenen jedoch bereits seit 1941 diskutiert, insbesondere nachdem die polnische Exilregierung mehrfach in Moskau um Auskunft gebeten hatte. Zu den polnischen Recherchen siehe u.a. *The Crime of Katyn. Facts & Documents. With a Foreword by Władysław Anders*, London 1965, S. 76-98.

tyn und die Verbrechen des Stalinismus ausgelöst hatte, erregte das Thema um die Jahrtausendwende lediglich noch die Gemüter von Osteuropahistorikern oder nationalkonservativen Politikern in Polen.⁵ Während sich erstere um die historische Rekonstruktion und die Einordnung des Verbrechens in eine stalinistische Gewaltgeschichte bemühten, stilisierte die Geschichtspolitik der Brüder Lech und Jarosław Kaczyński Katyn zu einem postsozialistischen nationalen Opfermythos, der durchaus ein Stachel in den polnisch-russischen Beziehungen blieb. Westlich von Polen war Katyn bis zum tragischen Tod Lech Kaczyńskis kein Thema mehr. Als der polnische Staatspräsident am 10. April 2010 zusammen mit seiner Frau, hochrangigen Politikern, Militärs und Intellektuellen auf dem Flug zu einer Gedenkveranstaltung an den Massengräbern tödlich verunglückte, rückte Katyn schlagartig wieder in den Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit.



Eine Annäherung? Die Regierungschefs von Polen und Rußland, Donald Tusk und Wladimir Putin, am 10. April 2010 in Smolensk
(picture alliance/dpa)

⁵ In den 1990er-Jahren erschienen einige Monographien und Quelleneditionen mit wesentlichen sowjetischen Dokumenten: Czesław Madajczyk, *Das Drama von Katyn*, Berlin 1991; Wojciech Materski (Hg.), *Katyn: Dokumenty Ludobójstwa [Katyn: Dokumente eines Genozids]*, Warschau 1992; Natalia S. Lebedeva u.a. (Hg.), *Katyn: Plenniki Neoblawlennoi Voiny [Katyn: Gefangene eines unerklärten Kriegs]*, Moskau 1997; dies. (Hg.), *Katyn: Mart 1940g. – Sentiabr 2000g.: Dokumenty [Katyn: März 1940 – September 2000: Dokumente]*, Moskau 2001.

Auch wenn die mediale Aufmerksamkeit bald nachließ: Die seither mään-dernden Verschwörungstheorien und das eilige Zur-Schau-Stellen einer polnisch-russischen Trauer, die in der linkischen Umarmung zwischen Wladimir Putin und Donald Tusk ihr Bild fand, offenbarten die Gegenwartsempfindlichkeit Katyns. Nach wie vor besitzt dieses Kriegsverbrechen einen bemerkenswerten politischen Reiz- und historischen Symbolwert, der über den polnisch-sowjetischen Kontext hinausreicht. Bei der im Zuge des Flugzeugunglücks wiederholten Verengung Katyns auf einen polnisch-sowjetischen Geschichtskonflikt ist ein Akteur stets im Hintergrund geblieben: das nationalsozialistische Deutschland und sein „Anteil“ an einem Ereignis, das mit der Verhaftung der Polen 1939 begann und dessen Auswirkungen in gegenwärtige Diskussionen um eine europäische Weltkriegserinnerung hineinreichen.

Die Massenerschießungen von Katyn gehören in eine deutsch-sowjetische Verflechtungsgeschichte, die von der historischen Forschung zum Zweiten Weltkrieg bisher nur wenig praktiziert worden ist.⁶ Katyn ist ein Kriegsverbrechen aus der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts, der Hitlers Eroberungszüge in Westeuropa ebenso ermöglichte wie Stalins imperiale Erweiterung in Osteuropa: nach Polen, in das Baltikum und in den Südosten, auf die Balkanhalbinsel.⁷ Die Frage nach dem Einfluss, den die Begegnung und das Ineinanderwirken der beiden Diktaturen auf die Gewalt des Zweiten Weltkriegs ausübten, ist freilich selten gestellt worden.⁸ Die Forschungslücken, die hier bestehen, lassen sich nicht ausschließlich mit dem Verweis auf fehlende oder unzugängliche Archivmaterialien begründen. Der Umstand, dass die zwei Kriegsjahre, in denen sich Hitler und Stalin – nicht immer freundlich gesonnen – Europa untereinander aufteilten, aus dem Blick gerieten, liegt auch an den ideologischen Konstellationen des Kalten Kriegs, der die Konfrontation betonte und die Verschränkungen in den Hintergrund rückte.

Die historiographische Relevanz Katyns erschöpft sich jedoch nicht allein darin, den Blick wieder auf die Verflechtungen – aber nicht den Vergleich –

⁶ Zum Ansatz der Verflechtungsgeschichte (*entangled history*) in der Osteuropaforschung siehe die verschiedenen Beiträge in: Michael Geyer/Sheila Fitzpatrick (Hg.), *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge 2009; *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 10 (2009) H. 3: Fascination and Enmity. Russia and Germany as Entangled Histories, 1914–45; *Osteuropa* 59 (2009) H. 7-8: Der Hitler-Stalin-Pakt. Der Krieg und die europäische Erinnerung.

⁷ Die Sowjetunion hatte Polen nicht offiziell den Krieg erklärt, sondern war, wie die Molotov-Note vom 17. September 1939 ausdrückte, aus eigenem Sicherheitsinteresse den weißrussischen und ukrainischen Brüdern zur Hilfe geeilt, um sie „von den polnischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten“ zu befreien. Die Gefangenen wurden jedoch von der eigens gegründeten Abteilung für Kriegsgefangenenwesen UPW (*Uprawlenie po delam voennoplennych*) beim NKWD betreut und in deren Speziallagern untergebracht.

⁸ Einen Anfang machen hier: Jörg Baberowski/Anselm Doering-Manteuffel, *Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium*, Bonn 2006.

von Nationalsozialismus und Stalinismus zu lenken. Sie liegt, darüber hinaus, in der Überschreitung der Zäsur von 1941, die das Bündnis beendete und mit der die Gegnerschaft begann. Indem das Verbrechen die Feindschaft der Jahre 1941–1945 mit dem vorausgegangenen Pakt in ein Verhältnis setzt, verbindet es beide Phasen des Kriegs. Die deutsche Pressemeldung, Goebbels' Propagandakampagne, das sowjetische Dementi und Stalins Katyn-Inszenierung im Januar 1944⁹ erscheinen so als Teil eines „Kriegs um Kriegsverbrechen“, in dem beide Seiten ihr aus der Zeit des Bündnisses stammendes Wissen um die Gewalt Herrschaft des Anderen nun gegeneinander ausspielten. Aus diesen Propagandaschlachten wiederum stammen wirkungsmächtige Kommunikationsmuster, die das Reden und das Schweigen über Katyn im Kalten Krieg prägten. Am Beispiel Katyns lässt sich zeigen, wie sehr die Propaganda des Zweiten Weltkriegs das historische Gedächtnis des Kalten Kriegs beeinflusste. Die Gegenwartsempfindlichkeit der Katyn-Geschichte liegt somit auch im Hinterfragen von Geschichtsbildern, die in den ideologischen Grabenkämpfen des Kalten Kriegs auf Dauer gestellt wurden. Katyn ist ein Lehrstück über die Selektivität, Zeitgebundenheit und Generationalität historischer Narrationen – Merkmale, die nicht zu ändern sind, die aber der wissenschaftlichen Reflexion bedürfen.

2. Ein Krieg um Kriegsverbrechen

Aber zurück in das Frühjahr 1943, als sich Hitler und Stalin gegenseitig der Tat bezichtigten. Die Deutschen beschuldigten die sowjetische Geheimpolizei und nannten als Tatzeit die Monate von März bis Mai 1940. Dezidiert hatte das Deutsche Nachrichtenbüro hervorgehoben, dass die Erschießungen „vor Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges“ stattgefunden hätten, also in der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts. Das Sowinformbüro bestand dagegen auf dem Herbst 1941 als Tatzeitpunkt, d.h. nach der deutschen Besetzung von Smolensk in den ersten Augusttagen. Von diesem Moment an stand Aussage gegen Aussage. Die Suche nach den Handlungsmotiven, Argumentations- und Legitimationsmustern führt ins Zentrum einer Kommunikationsgeschichte der Massenerschießungen. Der Zuschlag für die eine oder die andere Version hing dabei nicht von gerichtsmedizinischen Beweisen oder historischen Quellen ab. Noch während des Zweiten Weltkriegs, insbesondere aber im Kalten Krieg, auf den ich mich konzentrieren werde, war für die Beantwortung der Täterfrage entscheidend, welcher Seite aus politischer Berechnung, Indifferenz oder ideologischem Zwang geglaubt werden musste.

⁹ Nach dem Abzug der Deutschen aus dem Smolensker Gebiet inszenierte Moskau im Januar 1944 den Schauplatz der Massenerschießungen, um die eigene Version der deutschen Täterschaft ebenfalls durch Besuche internationaler Journalisten und sowjetischer Experten beglaubigen zu lassen.

Hätten historische Quellen eine Rolle gespielt, dann wäre die Frage nach den Tätern bereits in den ersten Nachkriegsjahren geklärt gewesen, als die von der polnischen Exilregierung in London publizierte Dokumente die Schuld des sowjetischen NKWD überzeugend belegten.¹⁰ Im Dezember 1944 hatte die von den Westalliierten anerkannte Regierung, die seit Kriegsbeginn zuerst von Paris und dann von London aus den Widerstand im besetzten Polen koordinierte und sich als legale Interessenvertretung der heimischen Bevölkerung verstand, eine Kommission gebildet, die zahlreiche Dokumente und Zeugnisaussagen über das Schicksal der vermissten Gefangenen auswertete. Obwohl die Kommission eine eindeutige Antwort letztendlich vermied, legte ihre umfangreiche und präzise Darstellung die Schuld des NKWD unausweichlich nahe. Verglichen mit den heute zugänglichen sowjetischen Quellen war der Kenntnisstand der Londoner Kommission, die sich unter anderem auf die intensiven Recherchen des „Suchbüros“ der polnischen Streitkräfte in der Sowjetunion stützen konnte, bereits beträchtlich. Auf der Grundlage von Aussagen überlebender Soldaten, die später in der so genannten Anders-Armee dienten und die Sowjetunion in Richtung Westfront verließen,¹¹ konnte die Londoner Kommission detaillierte Angaben zum Schicksal der Gefangenen bis zum Frühjahr 1940 machen. Umfassend berichtete sie über das Lagerleben in Koselsk, Starobelsk und Ostaschkow, über die Verhöre und die Zuckerbrot-und-Peitsche-Strategie des NKWD, die nach oft erfolglosen Anwerbeversuchen in Repressionen mündete. Ebenso genau rekonstruierte der Bericht die Liquidation der Lager und den Abtransport der Gefangenen im Frühjahr 1940, inklusive der Namenslisten und exakter Zeitangaben. Das plötzliche Verschwinden der Gefangenen sowie die widersprüchlichen Aussagen der sowjetischen Regierung, die bis hin zu Stalin auf Nachfragen teils zynisch, teils abweisend reagierte, ließen keine andere Schlussfolgerung zu als den gewaltsamen Tod der Polen noch vor dem Überfall Hitlers.

Es ist kein Zufall, dass der Bericht der Londoner Kommission erstmals im Februar 1946 beim Internationalen Militärtribunal in Nürnberg in englischer Sprache vorlag. Nachdem Moskau noch während der Vorbereitungsgespräche in London durchgesetzt hatte, Katyn als deutsches Kriegsverbrechen in die Anklageschrift des Militärtribunals aufzunehmen, bemühte sich der Verteidiger

¹⁰ Auf die Aussagen westlicher Katyn-Besucher, die die sowjetische Täterschaft schon während des Zweiten Weltkriegs nahelegten, kann hier nicht eingegangen werden. Der Umgang mit den geheimen Berichten des US-amerikanischen Kriegsgefangenen John Van Vliet oder des britischen Botschafters in Polen, Sir Owen O'Malley, belegt, dass die sowjetische Täterschaft im Westen seit 1943 inoffiziell anerkannt war. Vgl. George Sanford, *Katyn and the Soviet Massacre of 1940. Truth, Justice and Memory*, New York 2005, S. 157-193.

¹¹ Die Einheiten der polnischen Streitkräfte unter der Führung von General Władysław Anders wurden im Spätsommer 1941 nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion aus polnischen Kriegsgefangenen zusammengesetzt, die nun, nach dem Sikorski-Maiski-Vertrag, freigelassen worden waren.

Hermann Görings, der Hamburger Rechtsanwalt Dr. Otto Stahmer, um eine öffentliche Verhandlung. Stahmers Ansinnen stand im krassen Gegensatz zu den Vorstellungen der sowjetischen Delegation, die ihr Beweismaterial absichtlich als Regierungsdokument nach Artikel 21 des Londoner Statuts eingereicht hatte. Da dieser Artikel die juristische Anerkennung staatlicher Dokumente ohne weitere Beweisführung oder Zeugenanhörung erlaubte, ging Moskau von einer zügigen und widerspruchslosen Aburteilung Katyns als eines deutschen Kriegsverbrechens aus.¹² Der Plan scheiterte. Stahmers Eintreten für eine öffentliche Verhandlung, dem nach hitzigen Diskussionen unter den alliierten Richtern schließlich stattgegeben wurde, zerstörte Moskaus sicher geglaubte Strategie. Für die polnische Exilregierung in London war das ein Glücksfall. Nachdem sie zu diesem Zeitpunkt bereits von Stalin entmachtet worden war und jeden Einfluss auf die Nachkriegsordnung in Polen verloren hatte, erhielt sie die einmalige Gelegenheit, am Beispiel Katyns die Brutalität der sowjetischen Besatzer vorzuführen. Aus diesem Grund übergab Henry I. Szymanski, der seit 1942 als Verbindungsoffizier zwischen der US-Armee und der Anders-Armee fungierte, den Bericht der Kommission sowohl an Verteidiger Stahmer als auch an Robert H. Jackson, den US-amerikanischen Hauptankläger in Nürnberg.

Ohne eindeutigen Tötungsbefehl und überführte Täter konnte es in Nürnberg freilich keine Anklage geben, zumal die Kriegsverbrechen der Deutschen und nicht die der Sowjetunion vor Gericht standen. So verstörend dies auch wirken mag: Es lag nicht im Recht des Militärtribunals, Gerechtigkeit im Fall Katyn herzustellen. Der Umstand, dass Katyn trotz des immensen Widerstands der sowjetischen Seite öffentlich verhandelt wurde und das Kriegsverbrechen darüber hinaus nicht als deutsches Verbrechen in das Urteil einging, war das mögliche Signal, das die Richter in Nürnberg ohne abschließenden Tatbeweis aussenden konnten. Zwei Jahre später, 1948, lag der ursprünglich geheime Bericht der Kommission in London als Buch vor – unter dem Titel „Zbrodnia Katyńska w świetle dokumentów“ („Das Verbrechen von Katyn im Licht der Dokumente“).¹³ 1965 wurde „The Crime of Katyn. Facts and Documents“ in englischer Sprache publiziert. Bis zum Ende des Kalten Kriegs er-

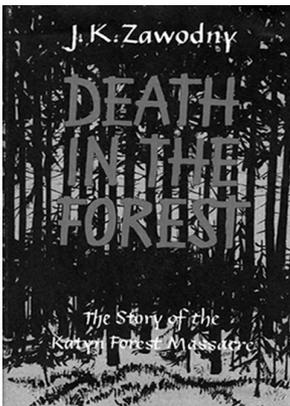
¹² Artikel 21 des Londoner Statuts lautete: „Der Gerichtshof soll nicht Beweise für allgemein bekannte Tatsachen fordern, sondern sie von Amts wegen zur Kenntnis nehmen. Dies erstreckt sich auf öffentliche Urkunden der Regierung und Berichte der Vereinten Nationen, einschließlich der Handlungen und Urkunden der in den verschiedenen alliierten Ländern für die Untersuchung von Kriegsverbrechen eingesetzten Komitees sowie die Protokolle und Entscheidungen von Militär- oder anderen Gerichten irgendeiner der Vereinten Nationen.“ Zit. nach Telford Taylor, *Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht*, München 1994, S. 751.

¹³ Die Ausgabe von 1948 stimmt nicht in allen Details mit dem Ursprungsbericht vom Februar 1946 überein. Sie ist eine gekürzte Fassung, bei der aufschlussreiche Details etwa zum Kenntnisstand der polnischen Exilregierung vor der Entdeckung der Massengräber ausgelassen wurden.

schien der Bericht, der als das polnische Weißbuch bekannt wurde, in zwölf polnischen und mehreren englischen Ausgaben, die zum festen Bestand der Untergrund- und Samizdatpresse in der damaligen Volksrepublik Polen und im gesamten Ostblock gehörten.

3. Wissen und Verrätselung

Die Dokumentation der Exilregierung war die empirische Basis für zahlreiche Publikationen, die im Laufe des Kalten Kriegs meist von polnischen Emigranten verfasst wurden. Im Unterschied zu den Kommissionsmitgliedern waren diese Autoren in der Frage der Täterschaft weniger zurückhaltend. Ende der 1940er-Jahre, als die ersten Bücher erschienen, war die Stalinisierung Osteuropas eine offenkundige und seit den Beschlüssen von Jalta politisch hingenommene Folge des Zweiten Weltkriegs. Ein diplomatisches Vorgehen in der Täterfrage, dem sich die Exilregierung in der irrigen Hoffnung auf politische Einflussmöglichkeiten noch verpflichtet sah, hatte sich erübrigt. Rücksichten waren nicht mehr nötig. Die sich vertiefende Systemkonfrontation des Kalten Kriegs ermöglichte es den polnischen Exilanten, die sowjetische Schuld offen zu benennen. 1949 erschien in Zürich das Buch „Katyn – ungesühntes Verbrechen“ des polnischen Emigranten Józef Mackiewicz.¹⁴ Der Autor, der 1943 an einer von mehreren Reisen polnischer Besucher nach Katyn teilgenommen hatte und auf das Weißbuch zurückgriff, hatte sein Manuskript nach eigener Aussage bereits bei Kriegsende in London fertiggestellt, wo es jedoch erst nach der deutschsprachigen Ausgabe unter dem Titel „The Katyn Wood Murders“ erscheinen konnte (1951).



Besonderes Aufsehen aber erregte 1962 die Darstellung des in die USA emigrierten Polen Janusz Zawodny: „Death in the Forest. The Story of the Katyn Forest Massacre“. Zawodny beschrieb die Ereignisse von der Verhaftung bis zur Ermordung der Gefangenen und die folgenden Propagandakampagnen, um ebenfalls zu dem Schluss zu gelangen: „The Katyn Massacre was perpetrated by Soviet Security Police [...] under the auspices of the Soviet Government.“¹⁵ Der ehemalige Teilnehmer am Warschauer Aufstand 1944 und nunmehr erfolgreiche Politikwissenschaftler in Princeton und Stanford kritisierte die Haltung der west-

¹⁴ Angeblich existierte die Druckvorlage bereits 1945 in London, wo sie aber auf Befehl Churchills vernichtet worden sei. So Franz Kadell, *Die Katyn-Lüge. Geschichte einer Manipulation*, München 1991, S. 156.

lichen Alliierten in Nürnberg. Für Zawodny bedeutete der Entschluss, Katyn nicht weiter zu verhandeln und aus dem Urteil auszuklammern, die Kapitulation der Moral vor den Zwängen der Realpolitik – eine Interpretation, die in vielen Katyn-Darstellungen wiederkehrte. Nachdem „Death in the Forest“ in den USA erschienen war, folgten 1971 viel diskutierte Ausgaben in Großbritannien und in der Bundesrepublik, hier unter dem Titel: „Zum Beispiel Katyn. Klärung eines Kriegsverbrechens“.

Angesichts der erwähnten Publikationen war die Identität der Täter seit der Frühphase des Kalten Kriegs nicht mehr als ein offenes Geheimnis. An der Schuld des NKWD zweifelten weder hochrangige Politiker noch diejenige westliche Öffentlichkeit, die sich nach Kriegsende mit der Gewalt des Stalinismus konfrontiert sehen wollte. Die Diskrepanz zwischen dem möglichen Wissen und der gleichzeitig andauernden Verrätselung ist indes erklärungsbedürftig. Warum konnte nicht benannt werden, was bekannt war? Eine erste Begründung, mit der die politische Zurückhaltung des Westens häufig legitimiert worden ist, zielt auf den fehlenden sowjetischen Tötungsbefehl ab. Erst dessen Aufsehen erregende Freigabe im Oktober 1992 durch den ersten russischen Präsidenten Boris Jelzin erbrachte den unhintergehbaren Beweis für die Schuld des sowjetischen Politbüros und Stalins. Zwei Jahre zuvor hatte sich Michail Gorbatschow noch nicht zur Veröffentlichung des Befehls durchringen können, der das Verbrechen über die direkte Täterschaft des NKWD hinaus in die Gewaltgeschichte des Stalinismus einbettete.

Der populäre Hinweis auf den fehlenden Tötungsbefehl wurde in der Literatur gelegentlich als politische Schutzbehauptung abgetan, mit Hilfe derer sich westliche Regierungen vor einer klaren Stellungnahme gedrückt hätten. Obschon dieser Vorwurf, wie noch gezeigt wird, nicht unbegründet ist, sollte das Fehlen des Politbürobeschlusses vom 5. März 1940 ernstgenommen werden. Es erschwerte durchaus die von vielen Emigranten eingeforderte strafrechtliche Verfolgung. Der fehlende Tötungsbefehl Stalins ließ immer noch einen Restzweifel zu und die Möglichkeit offen, dass auch dieses Verbrechen Teil des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs gewesen war. Aller Indizien zum Trotz war nicht gänzlich auszuschließen, dass die deutsche Meldung vom April 1943 nur eine weitere Fälschung der Goebbels'schen Propagandafabrik darstellte. Warum sollte ausgerechnet diese Nachricht der Wahrheit entsprechen, zumal, wie Robert H. Jackson einräumte, immer auch die Deutschen die Tat hätten begehen können? Auf die Behandlung Katyns vor dem Internationalen Militärtribunal zurückblickend, schrieb der ehemalige Hauptankläger 1950: „I watched as an interested spectator the battle between the Russians and the Germans over this subject. I came to the conclusion that both had the op-

¹⁵ Janusz K. Zawodny, *Death in the Forest. The Story of the Katyn Forest Massacre*, Notre Dame 1962, S. 95.

portunity, both had the motive, and both had the barbarism to have committed the act; and as to which one did it, the evidence was inconclusive.“¹⁶

Der fehlende Tötungsbefehl diente vor allem der britischen Politik dazu, eine Stellungnahme im Fall Katyn wider besseres Wissen zu vermeiden. Im Unterschied zu den USA befand sich Großbritannien in einer besonderen Position. Obwohl auch Nordamerika über eine zahlenmäßig große und politisch gewichtige polnische Bevölkerung verfügte, war London das Zentrum der aktiven antikommunistischen Emigration. Von Juni 1940 bis Dezember 1990 war die britische Hauptstadt Sitz der polnischen Exilregierung, die sich auch nach ihrer diplomatischen Aberkennung durch die USA und Großbritannien bei Kriegsende und bis zur Abspaltung der antikommunistischen Gruppen nach einer Geheimdienstaffäre im Jahr 1954 als Bastion des unabhängigen Polen positionierte. In London war das polnische Weißbuch erschienen. Dort war der Alterssitz von Władysław Anders und zahlreichen Veteranen der polnischen Streitkräfte im Westen, die als siebtgrößte alliierte Armee in kriegsentscheidenden Schlachten gekämpft hatten. Gerade die Gruppe der polnischen Kriegsveteranen, von denen nicht wenige zu einflussreichen politischen Vertretern der Emigration wurden, hielt das Gespräch über die Massenerschießungen am Leben. Ihre Bestrebungen für die Aufklärung des Verbrechens, eine britische Stellungnahme und die Verurteilung der Täter vor der Weltöffentlichkeit stießen bei nationalkonservativen britischen Politikern, die sich in ihrem Antikommunismus mit den Exilpolen verbunden sahen, auf Sympathien. In bemerkenswerter Regelmäßigkeit brachten konservative Parlamentarier das Katyn-Thema in Debatten ein und stellten Regierungsanfragen, die in ebenso steter Regelmäßigkeit mit dem Hinweis auf den fehlenden Tötungsbefehl abgelehnt wurden.

Anfang der 1970er-Jahre erreichte Katyn erneut die britische Öffentlichkeit, nachdem das Foreign Office Kriegsarchive freigegeben hatte. Zur selben Zeit erschien Zawodnys Buch in einer Neuauflage, und der britische Autor Louis FitzGibbon publizierte sein Buch „Katyn. A Crime without Parallel“ (London 1971). Gemeinsam mit polnischen Emigranten sowie einem konservativen Mitglied des House of Lords, Vernon Willey Lord Barnby, initiierte FitzGibbon einen „Katyn Memorial Fund“, der die Errichtung eines Denkmals im Zentrum von London zum Ziel hatte. Lord Barnby regte im Juni 1971 eine weitere Parlamentsdebatte zu Katyn an, die letztendlich jedoch nur die offizielle Haltung bestätigte, dass aufgrund eines „legitimen Restzweifels“ (*legitimate residual doubt*) auf politische Erklärungen verzichtet werde.¹⁷ Diese bis in die 1990er-Jahre aufrechterhaltene Position wurde im Streit um das geplante Denkmal

¹⁶ Library of Congress, Manuscript Division, Jackson Papers, Box 115, Folder 2, Brief Jacksons an den Anwalt Francis L. Williams vom 9. Juni 1950.

¹⁷ Sanford, *Katyn* (Anm. 10), S. 181.

nochmals bekräftigt. Im Kern ging es dabei um die Standortfrage sowie um die Jahreszahl 1940 und einen in Stacheldraht gefangenen polnischen Adler, die beide in den Obelisken eingraviert werden sollten. Eine derart klare Aussage hinsichtlich der sowjetischen Schuld und der fortwährenden Unterdrückung Polens im Zentrum Londons konnten weder die damalige Labour-Regierung noch die sowjetische Führung unter Leonid Breschnew hinnehmen. Nach Protesten aus Moskau und dem Einspruch der anglikanischen Church of England wurde die Errichtung des Denkmals auf einem Friedhof der St. Luke's Church in Chelsea gestoppt; zunächst, um einen Standort außerhalb des Stadtzentrums zu finden. Am 18. September 1976 wurde das Denkmal schließlich auf dem Gunnersbury Cemetry in West London eingeweiht. Das Kriegsministerium untersagte britischen Militärs die Teilnahme an der Eröffnung, und die Labour-Regierung weigerte sich, einen offiziellen politischen Vertreter zu entsenden.



Das Londoner Katyn-Denkmal mit dem eingravierten Motiv eines in Stacheldraht gefangenen polnischen Adlers (errichtet 1976, Foto von 2009)
(http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pomnik_katynski_londyn.JPG),
GNU Free Documentation License)

Beide stützten sich bei ihrer Entscheidung auf ein Hintergrundpapier des Foreign Office, das die Haltung der britischen Politik seit dem Zweiten Weltkrieg zusammenfasste und bis zum Ende des Kalten Kriegs festschrieb. „On the massacre“, hieß es in dem Papier, „successive British Governments have taken the view in public that it is not possible to say definitely who was responsible for it, for want of conclusive evidence. Privately, of course, there is no reason to doubt that the Russians were responsible. But [...] we still lack the conclusive evidence necessary to attribute responsibility to the Russians. Without it, and even with it, to do so would, of course, be most damaging to our bilateral relations.“¹⁸ Wie kein anderes Dokument belegt dieses Hintergrundpapier, dass die politisch abgenutzte Erklärung, die Täterfrage sei aufgrund des fehlenden Beweises nicht zu entscheiden, selbst diejenigen nicht überzeugte, die so argumentierten. Denn sogar wenn der Beweis vorgelegen hätte, gestand das Außenministerium ein, wäre von einer eindeutigen Erklärung im Interesse der britisch-sowjetischen Beziehungen abzuraten. Es sind diese realpolitischen Erwägungen, mit denen die Diskrepanz zwischen dem möglichen Wissen und dem verrätselnden Unbehagen häufig erklärt wird. Ihr Einfluss war tatsächlich groß. Als Nikita Chruschtschow im Krisenjahr 1956 Großbritannien besuchte, untersagte das Foreign Office bereits im Vorfeld jede öffentliche Diskussion sowie die Vorführung eines Films durch das British Council mit der Begründung, Chruschtschow sei so „touchy on the subject“, dass die Reise sonst garantiert abgesagt werden würde.¹⁹

Stärker noch als im Kalten Krieg, in dem die westliche Zensur zuweilen vorseilender Gehorsam war und weniger der Abwendung einer ernstzunehmenden politischen Krise diene, beeinflusste die Realpolitik schon im Zweiten Weltkrieg den Umgang mit Katyn. Von 1943 bis zum Kriegsende war es für die Westalliierten aus politischen und militärischen Gründen völlig abwegig, einen Konflikt mit Stalin zu riskieren oder gar der deutschen Version der Verbrechen Geschichte zuzustimmen. Churchill oft zitierte Antwort auf die Bitte des polnischen Regierungschefs Sikorski, ihm bei der Aufklärung beizustehen – „Wenn sie [d.h. die polnischen Gefangenen] tot sind, kann sie nichts mehr zum Leben erwecken“ –, ist vor diesem Hintergrund zu verstehen. Dem sowjetischen Botschafter in London, Ivan Maiski, versicherte der loyale Premier gleichzeitig: „Wir müssen Hitler schlagen, dies ist nicht der Augenblick für Streitereien und Anschuldigungen.“²⁰

¹⁸ The National Archives, FCO 28/2906, Katyn Memorial. Background Note vom 1.7.1976. Erst 1996 entschuldigte sich die damalige Regierung unter Tony Blair für die Katyn-Politik des Foreign Office von 1943 bis zum Ende des Kalten Kriegs.

¹⁹ Sanford, *Katyn* (Anm. 10), S. 179.

²⁰ Winston Churchill, *The Second World War, Bd. IV: The Hinge of Fate*, Boston 1950, S. 759ff.: „If they are dead, nothing you can do will bring them back“; „I did not attempt to discuss facts [...] we have got to beat Hitler [...] this is no time for quarrels and charges“.

Und dennoch kann der Umgang mit den Massenerschießungen von Katyn nicht allein mit realpolitischen Interessen erklärt werden, insbesondere nicht für die Nachkriegszeit. Sicher hätte eine offizielle Erklärung westlicher Regierungen über die Täterschaft des NKWD zu diplomatischen Verstimmungen und politischen Drohgebärden geführt. Weniger sicher ist schon, ob Katyn gemeinsame Wirtschaftsprojekte gefährdet hätte, an deren Erfolg beide Seiten aus unterschiedlichen Gründen interessiert waren. Zu fragen bleibt, ob die offene politische Behandlung der Massenerschießungen westlich des Eisernen Vorhangs das internationale Machtgefüge des Kalten Kriegs ernsthaft hätte bedrohen können. In Osteuropa und speziell in Polen besaß Katyn diese Kraft durchaus. So hätte eine offizielle Schuldzuschreibung des Westens die politische Opposition zweifelsohne gestärkt und die Machtbasis der polnischen Kommunisten ebenso wie diejenige Moskaus zusätzlich untergraben. Aber auch ohne den Beistand der westlichen Politik blieb Katyn durch die aktive Erinnerungsarbeit der Emigranten und die Samizdatliteratur ein Pfeil im Köcher polnischer Systemkritiker. Doch wenn der realpolitische Erklärungsansatz eher dazu taugt, die Indifferenz oder ein Unbehagen des Westens gegenüber diesem Kriegsverbrechen zu übertünchen – worum ging es dann? Wie lässt sich die Kommunikationsgeschichte Katyns jenseits von Realpolitik oder jener zynischen Ignoranz erklären, die westlichen Regierungen ebenfalls gelegentlich unterstellt wurde?

4. Der lange Schatten der Goebbels-Propaganda

Der Umgang mit den Massenerschießungen von Katyn war von einer Gewissheit bestimmt: Es war die Gräuelpropaganda des „Dritten Reiches“, die das Verbrechen aufgedeckt hatte. Der Umstand, dass Goebbels die Täterschaft des NKWD benannt hatte, verhinderte die Aufklärung des Verbrechens und prägte dessen Kommunikationsgeschichte von 1943 bis zur Veröffentlichung des Tötungsbefehls. Angesichts des deutschen Vernichtungskriegs und der mit ihm verbundenen Propaganda erschien es abwegig, dass Goebbels Recht haben könnte. Mit dem tiefen Zweifel am Wahrheitsgehalt jeglicher deutscher Kriegspropaganda reiste schon der in Berlin akkreditierte schwedische Journalist Christer Jäderlund im April 1943 zu den Massengräbern. „Wir alle“, erinnerte sich Jäderlund, „trauten Dr. Goebbels nicht über den Weg, und wir Journalisten hatten, bevor wir die Leichen sahen, schon zueinander gesagt, daß wir versuchen würden, aus der Reise etwas herauszuschlagen und einen Lagebericht von Rußland bringen würden, und sollten wir irgendwelche Leichen finden, würden wir in den Zeitungen nur mit einigen Zeilen etwas bringen, und wir glaubten, unsere Zeitung würde sicher sagen: überlaßt die Greuelpropaganda Goebbels.“²¹ Es waren die Verbrechen der Deutschen, die den Vernichtungskrieg Stalins in Osteuropa von 1939 bis 1941 zunächst mit ermöglichten und

ihn nach 1941 vor der internationalen Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung bewahrten. Sie sprachen dem NS-Staat jegliches Recht ab, sowjetische Verbrechen zu thematisieren. Die eigene Unglaubwürdigkeit und der Umstand, dass Goebbels Stalin zuerst der Tat bezichtigte, steigerten die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Version.

Die Katyn-Erklärungen des „Dritten Reiches“ und der Sowjetunion waren entscheidende Schlachten in einem deutsch-sowjetischen „Krieg um Kriegsverbrechen“. Goebbels' Ministerium startete eine gigantische „Glaubwürdigkeitskampagne“, stellte Anfragen beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, veröffentlichte den gerichtsmedizinischen Befund der internationalen Ärztekommision und führte US-amerikanische und britische Kriegsgefangene sowie ausländische Journalisten in mehreren Gruppen an die Massengräber. Alle Initiativen dienten dem Ziel, die eigene Version von Außenstehenden und durch neutrale Aussagen absichern zu lassen. Moskau konterte und untergrub die deutsche Kampagne nicht nur mit der entgegengesetzten Anschuldigung sowie – nach dem Rückzug der deutschen Wehrmacht – mit einer eigenen Inszenierung der Massengräber im Januar 1944. Ungleich wirkungsvoller arbeitete Stalin im Frühjahr 1943 mit der Unterstellung, dass jeder, der Goebbels glaube, ein Kollaborateur der Hitlerfaschisten sei. Die Verbindung zwischen der deutschen Tatversion und dem Kollaborationsvorwurf entstammte der Gewaltsprache des Stalinismus, die das Andere stets zum Feind erklärte. Sie konstruierte damit ein grundlegendes Muster der Kommunikation über Katyn, das im Kalten Krieg nachwirkte.

Im Frühjahr 1943 setzte Stalin alles daran, um die polnische Exilregierung vor der Weltöffentlichkeit und den westlichen Alliierten zu diskreditieren und politisch kaltzustellen. Am 19. April 1943 erschien in der „Prawda“ der berühmte Artikel „Hitlers polnische Kollaborateure“, der die Bemühungen der Sikorski-Regierung um eine Verbrechenaufklärung als „direkte und offensichtliche Hilfe der Polen für die Hitler-Provokateure“ brandmarkte und eine politische Krise heraufbeschwor, die im Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Londoner Polen und der Sowjetunion durch die Molotov-Note vom 26. April 1943 endete. Die politische Isolation der Exilpolen war Stalin gelungen. Obwohl westliche Politiker und die Presse den sowjetischen Kollaborationsvorwurf nicht direkt aufnahmen, überwog sowohl in Großbritannien als auch in den USA die Kritik am Verhalten der polnischen Regierung. Harry Hopkins, Roosevelts enger diplomatischer Berater mit guten Kontakten nach Moskau, nannte die Polen nur abschätzig „trouble-makers“.²² Quentin

²¹ U.S. National Archives & Records Administration (im Folgenden: NARA), Records of the U.S. House of Representatives, Record Group 233, Committee Papers, Box 9, Folder: Testimonies, Aussage von Christer Jäderlund vom 25.4.1952 (auf Deutsch).

²² Zit. nach Dennis J. Dunn, *Caught between Roosevelt & Stalin: America's Ambassadors to Moscow*, Lexington 1998, S. 184.

Reynolds, ein bekannter US-amerikanischer Kriegskorrespondent, stellte der polnischen Diplomatie ein vernichtendes Zeugnis aus. In einem 1944 erschienenen Buch beschrieb Reynolds die Versuche der sowjetischen Propaganda, Berichte über Katyn zu zensieren, und urteilte über die Politik der Exilpolen: „Whether the atrocity story were true (and Goebbels never produced proof that it was true), the Poles certainly did everything they could to handle it in the most undiplomatic way possible. The diplomacy of the Poles is as subtle as the path of a Mark VI tank through a flower garden.“²³

Die Wirkungsmacht des Kollaborationsvorwurfs ging sowohl zeitlich als auch personell über die polnisch-sowjetische Krise vom Frühjahr 1943 hinaus. In der Tradition stalinistischer Feindzuschreibungen stehend, konnte er potenziell jeden treffen – und er traf viele, die die sowjetische Täterschaft und damit die deutsche Version auch nur in Betracht zogen.²⁴ Seine zeitliche Reichweite basierte auf der ungeheuerlichen Schwere des Vorwurfs: Wer wollte sich mit dem „Dritten Reich“ gemein machen? Und sie speiste sich aus der Tatsache, dass das manichäische Weltbild des Stalinismus im Kalten Krieg bald zur ideologischen Grundausrüstung gehörte. Die von Stalin konstruierte Bindung der Täterdiskussion an den Kollaborationsvorwurf prägte den Umgang mit Katyn im sowjetischen Machtbereich. Für Zweifelnde wie den Krakauer Staatsanwalt Roman Martini konnte dies lebensbedrohlich sein. Martinis Schicksal ist ein prominentes Beispiel, aber kein Einzelfall für die tödliche Konsequenz der Skepsis. Ende 1945 war Martini vom polnischen Justizminister Henryk Świątkowski mit der Vorbereitung eines Katyn-Schauprozesses beauftragt worden. Dieser Prozess mit dem Ziel, ehemalige Katyn-Besucher als Kollaborateure zu verurteilen, sollte ein Exempel für jeden statuieren, der die sowjetische Version in Frage stellte. Als Martini im Laufe seiner Recherchen selbst zunehmend von der Schuld des NKWD überzeugt war, wurde er am 28. März 1946 in seiner Krakauer Wohnung ermordet.

Obleich der Schauprozess schließlich nicht stattfand – wohl weil die Regierung angesichts der weithin bekannten Schuld des NKWD ein Fiasko befürchtete –, blieb Katyn für viele Polen, die im Frühjahr 1943 zu den Massengräbern gereist waren, ein Damoklesschwert. Augenzeugen der Ausgrabungen wie der Schriftsteller Ferdynand Goetel oder der Gerichtsmediziner Marian Wodziński, der als Vertreter des Polnischen Roten Kreuzes an der Technischen Untersu-

²³ Quentin Reynolds, *The Curtain Rises*, London 1944, S. 134.

²⁴ Ähnlich drohte Stalin auch dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). In einer Note an Churchill und Roosevelt stellte er klar, dass Moskau, im Fall einer unabhängigen Untersuchung, auch das IKRK als Vasall Hitlers betrachten würde. „The governments of Sikorski and Hitler“, hieß es dort, „have involved in these ‚investigations‘ the International Red Cross which is compelled to take part under conditions of a terroristic regime with its gallows and mass extermination of a peaceful population, in this investigation farce, under the stage management of Hitler.“ So zit. bei Susan Butler (Hg.), *My Dear Mr. Stalin. The Complete Correspondence of Franklin D. Roosevelt and Joseph V. Stalin*, New Haven 2005, S. 124.

chungskommission in Katyn teilgenommen hatte, flohen aus Angst vor einer Verurteilung ins westliche Ausland. Andere, wie der polnische Offizier Stefan Mossor, der als Kriegsgefangener von den Deutschen an die Massengräber geführt worden war, ergingen sich in ideologischer Anpassung und gewaltbe-reitem Eifer. Mossor, der sich nach Kriegsende für eine Zusammenarbeit mit den kommunistischen Machthabern entschieden hatte, leitete 1947 die brutale Umsiedlung der ukrainischen Bevölkerung aus den südöstlichen Gebieten Polens in den Norden und Westen. Die so genannte Operation Vistula (*akcja wisła*), bei der Angehörige der ukrainischen Intelligenz und Geistlichkeit auch in ehemalige Außenlager des deutschen Vernichtungslagers Auschwitz deportiert wurden, war eine brutale ethnische Vertreibungsaktion zur „Lösung der ukrainischen Frage“ im Nachkriegspolen. Mossor selbst nutzte der Einsatz wenig. Der Makel des Katyn-Besuches und die damit verbundene latente Gefahr, als Kollaborateur gebrandmarkt zu werden, ließen sich nicht auslöschen. 1950 wurde Mossor unter dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern und der Vorbereitung eines antikommunistischen Staatstreiches gegen die stalinistische Bierut-Regierung verhaftet. 1951 wurde er im Schauprozess der Generäle (*proces generałów*) zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, 1956 jedoch rehabilitiert. Ein Jahr später starb Mossor in Warschau.

Stalins Kollaborationsvorwurf diente der Kontrolle der polnischen Gesellschaft, die die kommunistische Besetzung als „Befreiung“ zu sehen hatte – im Sinne des sowjetischen Geschichtsmythos vom „Großen Vaterländischen Krieg“. Gleichzeitig war er eine außenpolitische Waffe. Wann immer es Not tat, spielten Stalin und seine Nachfolger die „Goebbels-Karte“. Als das Repräsentantenhaus des US-amerikanischen Kongresses am 18. September 1951 den einzigen westlichen Untersuchungsausschuss zu den Massenerschießungen einsetzte, reagierte Moskau wie erwartet. Die Protestnote der sowjetischen Botschaft in Washington wies die Gründung des Ausschusses zur Untersuchung der „Fakten, Beweise und Umstände des Massakers im Wald von Katyn“ als einen Angriff zurück, der „nur den Zweck haben kann, die Sowjetunion zu verleumden und damit die allgemein als Verbrecher anerkannten Hitlerfaschisten zu rehabilitieren“.²⁵ In der Folgezeit, als der Ausschuss in den USA und Europa recherchierte, überzog eine immense Propagandakampagne die kommunistische Presse im Osten ebenso wie im Westen. In der Bundesrepublik verteilte die KPD in der DDR gedruckte Blätter mit dem sowjetischen Burdenko-Bericht, der die deutsche Schuld an den Erschießungen zu beweisen suchte.²⁶ Massenerschießungen, die die Gestapo bei Kriegsende in Deutschland vorgenommen

²⁵ NARA, Records of the U.S. House of Representatives, Record Group 233, Committee Papers, Box 8, Folder: Department of State, englische Übersetzung der sowjetischen Protestnote vom 29.2.1952 (hier von mir ins Deutsche übertragen). Der vollständige Titel des Ausschusses lautete: „Select Committee to Conduct an Investigation and Study of the Facts, Evidence, and Circumstances on the Katyn Forest Massacre“.

hatte, unter anderem im Dortmunder Romberg-Park, wurden als „Katyn auf deutschem Boden“ präsentiert und als Beweis für die deutsche Täterschaft herangezogen. „Bis auf die letzten Einzelheiten“, hieß es in einer Broschüre von 1952, „gleichem sich diese beiden faschistischen Verbrechen.“ Hinsichtlich des US-Untersuchungsausschusses stellten die Verfasser klar: „Die amerikanischen Imperialisten und ihre Verbündeten, die deutschen Monopolkapitalisten, rüsten zu einem neuen Marsch nach dem Ural. [...] Deshalb lassen die amerikanischen Imperialisten die Goebbelsche Hetze gegen die Sowjetunion wieder aufleben, deshalb erfolgt die Rehabilitierung der Kriegsverbrecher und das Reinwaschen der faschistischen Mörder.“²⁷

Die sowjetische Strategie, das Reden über Katyn mit dem Vorwurf der Kollaboration und – im Kalten Krieg – mit dem Vorwurf der Rehabilitation deutscher Verbrechen zu ersticken, war vielversprechend. Tatsächlich disziplinierte die Furcht davor, in Goebbels' Nähe gerückt zu werden, westliche Regierungen mehrfach. Sie begründete, wiederum in Großbritannien, die politische Abwehr öffentlicher Gedenkinitiativen und Forderungen nach einer juristischen Untersuchung des Falls, wie sie etwa von Władysław Anders erhoben wurden. Im Jahr 1950 lehnte das britische Außenministerium Anders' Appell mit dem Einwand ab: „[...] even as a propaganda stunt Katyn is too closely identified with Dr. Goebbels.“²⁸ Und noch in den 1970er-Jahren hieß es im Zusammenhang mit dem erwähnten Denkmalstreit, dass eine Untersuchung nur dazu taue, „alte Wunden“ zu öffnen.²⁹

Der Katyn-Untersuchungsausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses war die einzige politische Initiative einer westlichen Regierung zur Aufklärung der Massenerschießungen. Der Zeitpunkt war nicht zufällig. Seit Juni 1950 standen sich die beiden Supermächte im Koreakrieg gegenüber. Die USA war direkt mit Truppen beteiligt, während Stalin die Invasionspläne Kim Il-Sungs genehmigt hatte und dessen Armee mit Waffen versorgte. Im Kontext des Koreakriegs und der ihn begleitenden Propagandaschlachten lag es 1951 durchaus im politischen Interesse der USA, anhand von Katyn die Grausamkeit und Brutalität der Sowjetunion im Umgang mit Kriegsgefangenen zu zeigen: ein Schicksal, das, so wurde suggeriert, den eigenen Soldaten drohe, sollten sie in die Fänge der nordkoreanischen Kommunisten gelangen. Auch innenpolitisch war der Katyn-Untersuchungsausschuss opportun. Er folgte dem

²⁶ So z.B. die Broschüre: *Die Wahrheit über das faschistische Verbrechen von Katyn*, hg. vom PV [= Parteivorstand] der KPD, Hagen 1952. Der so genannte Burdenko-Bericht war der offizielle Bericht einer sowjetischen Untersuchungskommission, die unter der Leitung des renommierten Neurochirurgen Nikolaj N. Burdenko im Januar 1944 Exhumierungen an den Massengräbern durchgeführt hatte.

²⁷ *Romberg-Park – Ein Katyn in Deutschland*, hg. vom Hinterbliebenen- und Mitgefangenen-ausschuß in Dortmund, 1952.

²⁸ Zit. nach Sanford, *Katyn* (Anm. 10), S. 178.

²⁹ Ebd., S. 181.

Geist der McCarthy-Ära und ihrer ideologischen Abrechnung mit der US-amerikanischen Weltkriegsgeschichte, mit dem Stalin-Freund Roosevelt und seinen „kommunistischen Agenten“. Das Gründungsjahr 1951 war die Hochphase der Massenhysterie und antikommunistischen Hetze des Ausschusses gegen „Un-American Activities“. Und es war das Jahr, in dem McCarthy die Untersuchungen gegen die vermeintliche kommunistische Unterwanderung im Außen- und Justizministerium intensivierte. Die Arbeit des Katyn-Ausschusses lässt sich nur im Kontext der Kriegsmobilisierung, des hysterischen Antikommunismus und einer kulturchauvinistischen Propaganda gegen die Sowjetunion verstehen. „The people of the United States“, unterwies der Chefberater des Ausschusses, John J. Mitchell, den Chairman des Anti-Communist Committee „Knights of Columbus“ in Ohio, „must be awakened to the fact that we are not doing business [here] with civilized human beings.“³⁰

Auf die umfangreiche Tätigkeit des Untersuchungsausschusses kann hier nicht im Detail eingegangen werden. Für die historische Rekonstruktion des Verbrechens leistete er großartige Arbeit. Seine Mitglieder recherchierten von Januar bis Dezember 1952 innerhalb und außerhalb der USA: im Frühjahr 1952 in London und in Frankfurt am Main sowie stellvertretend durch die Deutsche Liga für Menschenrechte auch im damaligen West-Berlin, wo bis Ende Mai 1952 insgesamt 172 Personen befragt wurden. Der Abschlussbericht vom 22. Dezember 1952 sprach aus, was das polnische Weißbuch acht Jahre zuvor nur suggeriert hatte. „This Committee“, hieß es dort, „unanimously, beyond any question of reasonable doubt, states that the Soviet NKVD committed the mass murders of the Polish officers and intellectual leaders in the Katyn Forest near Smolensk.“³¹ Diese Erklärung blieb im Kalten Krieg die einzige offizielle westliche Positionierung in der Täterfrage. Konkrete juristische Folgen hatte sie nicht. Die im Abschlussbericht formulierte Forderung, den Fall vor einem internationalen Strafgerichtshof der UNO aufzurollen, wurde vom State Department aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt.³² Dennoch beeinflusste der Untersuchungsausschuss die Katyn-Kommunikation im Kalten Krieg. Es war schwer, die Täter der Massenerschießungen zu benennen, ohne damit in die Nähe von Goebbels zu rücken oder gerückt zu werden.³³ Auch wenn die politische Kollaboration mit dem NS-Staat nun nicht mehr

³⁰ NARA, Records of the U.S. House of Representatives, Record Group 233, Committee Papers, Box 2, Folder: Misc., Schools and Universities, Brief vom 20.8.1952.

³¹ Zit. nach Ciencala/Lebedeva/Materski, *Katyn* (Anm. 3), S. 330.

³² Library of Congress, Manuscript Division, W. Averell Harriman Papers, Box 187, Folder 9: Katyn Forest Massacre 1944–1953, State Department Briefing Papers, ohne Datum. Zum einen fürchtete das State Department einen Präzedenzfall für die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen, die noch vor der UNO-Gründung stattgefunden hatten. Zum anderen bezweifelte man die Aussichten, in der UNO eine Stimmenmehrheit für die Einsetzung eines Katyn-Verfahrens zu erhalten.

möglich war – die „Kollaboration im Geiste“ und damit verbunden der Vorwurf der Relativierung deutscher Verbrechen waren es wohl.³⁴

Tatsächlich gab es Gruppen, die mit dem Hinweis auf Katyn den Vernichtungskrieg des „Dritten Reiches“ relativierten. Für viele deutsche Kriegsteilnehmer bot Katyn zunächst die Chance, die Ehre von Vaterland und Wehrmacht wiederherzustellen. Die Briefe ehemaliger Wehrmachtssoldaten, die den US-Untersuchungsausschuss während seiner Arbeit 1952 in der Bundesrepublik erreichten, geben darüber beredt Auskunft. In einem Schreiben hieß es unter anderem: „Wenn ich mein Geheimnis freigebe, meine Fotografien, Unterlagen und selbst hergestellten Schmalfilme auch aus dem Wald von Katyn dem amerikanischen Repräsentantenhaus zur Verfügung zu stellen bereit bin, so diene ich damit der Aufklärung eines schweren Verbrechens, der Bloßstellung der Sowjetunion als Lügner und Märchenerzähler. [...] Ich diene ferner meinem deutschen Vaterlande bei der Wiederherstellung seiner Ehre und meinen gefallenen Kameraden, denen die Sowjetunion ein schweres Verbrechen angedichtet hat.“³⁵

In den 1980er-Jahren, als Katyn im Zuge der *Solidarność*-Bewegung zu einem öffentlich diskutierten Geschichtsthema in Polen wurde, das auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs nicht mehr zu ignorieren war, nutzten rechts-extreme Autoren die Gelegenheit für ihre Abrechnung mit der bundesrepublikanischen Weltkriegserinnerung. 1986 erschien in dem für seinen militanten Geschichtsrevisionismus bekannten Verlag Vowinckel das Buch „Die Wahrheit über Katyn“. Nur verbrämt und mit dem abgenutzten „Aber“ verwahrte sich der Autor darin gegen den Relativierungsvorwurf. „Um von vornherein klarzustellen“, so Hendrik van Bergh in der Einleitung, „diese Untersuchung ist kein Versuch, Kriegsverbrechen gegeneinander aufzurechnen. Holocaust und Völkermord entziehen sich einer historischen Bilanz von Soll und Haben an Menschenleben. Aber es muss auch gestattet sein festzustellen, dass nicht nur die Deutschen, an allem schuld sind.“³⁶

Dass Kriegsveteranen und rechtsextreme Autoren Katyn zur Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen nutzten, ist nicht überraschend. Vielmehr kommt es hier darauf an, dass die verschiedenen Instrumentalisierungen die Auseinandersetzung mit dem stalinistischen Kriegsverbrechen und der dop-

³³ Zu den Auswirkungen der McCarthy-Ära auf den Umgang mit der Gewaltgeschichte Osteuropas siehe auch Anne Applebaum, *A Dearth of Feeling*, in: Roger Kimball/Ivan R. Dee (Hg.), *The Future of the European Past*, Chicago 1997, S. 25-49.

³⁴ Zu derartigen Vorwürfen gegenüber Józef Czapski, der das „Suchbüro“ der Anders-Armee geleitet hatte, vgl. Józef Czapski, *Unmenschliche Erde*, Köln 1967, S. 12.

³⁵ NARA, Records of the U.S. House of Representatives, Record Group 233, Committee Papers, Box 3, Folder: German letters answered. Brief von „Fritz 060912“ über das Auswärtige Amt an das US-Repräsentantenhaus vom 5.10.1951.

³⁶ Hendrik van Bergh, *Die Wahrheit über Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren*, Berg am See 1986, S. 14.

pelten Gewalterfahrung in Osteuropa verstellten. Seit den Propagandakampagnen von Goebbels und Stalin war Katyn Kanonenfutter auf beiden Seiten des Kalten Kriegs. Zwischen den Fronten war kein Platz für eine Weltkriegserinnerung, die jenseits von „Gut“ und „Böse“, „Schwarz“ und „Weiß“ nach den Verschränkungen, den gegenseitigen Bezügen und der gemeinsamen Gewaltgeschichte beider Diktaturen fragte. Dazwischen standen das Beschweigen, die Verrätselung und, drittens, die Boulevardisierung Katyns in der Geheimdienst- und Spionagekultur.³⁷ Die Präsentation Katyns als Weltkriegskrimi und Geheimdienstthriller hatte den Vorteil, die sowjetische Täterschaft in einer semi-fiktionalen Narration politisch folgenlos darstellen zu können.³⁸ Während das polnische Weißbuch in den Nachkriegsjahren noch mit einem empirisch gesättigten Wahrheitsanspruch argumentierte, vermittelte die populäre Katyn-Literatur die sowjetische Täterschaft durchaus öffentlichkeitswirksam in spektakulären, teilweise sensationsheischenden Erzählungen – ohne realpolitische Interessen, Kollaborations- und Relativierungsvorwürfe berücksichtigen zu müssen. Katyn passte perfekt in die Geheimdienst- und Agentenkultur des Kalten Kriegs. Die Geschichte verfügte über alle notwendigen Zutaten: einen Mord, dessen Täter geheim bleiben mussten, verschwundene Zeugen, aus dem Nichts auftauchende Agenten, mysteriöse Drohungen und politische Verschwörungen.

Bei dieser Gemengelage nimmt es nicht wunder, dass sich die internationale Presse schon in ihren Berichten über den US-amerikanischen Untersuchungsausschuss auf einen anonymen polnischen Zeugen stützte, der aus Angst vor dem KGB nur hinter einer weißen Maske verborgen aussagte. Das Foto des verhüllten Zeugen ging um die Welt. Es stand für die lebensbedrohliche Gefahr, die sowjetischen Täter offen zu benennen – eine Gefahr, die, wie die Ermordung des polnischen Staatsanwalts Martini gezeigt hatte, tatsächlich bestand. Katyn mischte Fakten und Fiktionen. Das Wissen, dass es sich um ein tatsächliches Verbrechen und wirkliche Bedrohungsszenarien handelte, erhöhte den Reiz der Gerüchte.

³⁷ Siehe stellvertretend: Ich war Augenzeuge in Katyn, in: *Schwäbische Illustrierte. Die Deutsche Illustrierte*, 29.3./1.4.1952; für das Ende des Kalten Kriegs: Franz Kadell, *Die Katyn-Lüge. Geschichte einer Manipulation. Fakten, Dokumente und Zeugen*, München 1991; für eine neuere semifiktionalen Darstellung: Philip Kerr, *Der Pakt*, Reinbek bei Hamburg 2006.

³⁸ Auch Dokumentarfilme, die sich seit den 1990er-Jahren mit der Aufarbeitung dieses „geheimnisumwitterten“ Verbrechens beschäftigt haben, präsentieren Katyn als Weltkriegskrimi – zum Beispiel die dänische Produktion „Kraniet fra Katyn“ von 2006 oder der deutsche Dokumentarfilm „Die Katyn-Lüge“ von 1996. Andrzej Wajdas viel diskutierter Film „Das Massaker von Katyn“ aus dem Jahr 2007 dagegen erzählt die Geschichte aus der Perspektive der hinterbliebenen Frauen und betont deren tragische Momente. Zur Rezeption siehe: Paulina Gulińska-Jurgiel, *Geschichte und Emotion – die Debatten um Katyn* von Andrzej Wajda in Polen, September 2009, online unter URL: <http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/_rainbow/documents/pdf/katyn.pdf>; Magdalena Saryusz-Wolska, Zur Rezeption von Andrzej Wajdas Film „Das Massaker von Katyn“, in: *Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin* 3 (2010), S. 241–260.



Der maskierte Zeuge bei seinem Auftritt vor dem US-amerikanischen Untersuchungsausschuss im Frühjahr 1952 (ddp images/AP)

5. Nach dem Kalten Krieg

Der Verrätselung im Westen stand eine konträre Entwicklung in Osteuropa und besonders in Polen gegenüber, wo Katyn in den 1980er-Jahren zu einem zentralen Geschichtsthema der systemkritischen Öffentlichkeit wurde. In der Dissidentenbewegung und auch im Geschichtsbewusstsein der Mehrheit der Polen waren das Verbrechen und die Täterschaft des NKWD – trotz aller Tabuisierungen – stets präsent gewesen. Aber erst die „polnische Krise“ der frühen 1980er-Jahre beendete das offizielle Festhalten an einer Tatversion, an die in Polen auch die kommunistischen Machthaber nicht mehr glauben mochten. Im Gegenteil – am eigenen Machterhalt interessiert, musste die Regierung General Jaruzelski jetzt in die Rolle des Aufklärers schlüpfen. Im Februar 1989 sanktionierte der damalige Regierungssprecher Jerzy Urban die Version von der Täterschaft des NKWD als offizielle polnische Sicht. Die polnische Bevölkerung aber forderte eine durch Beweise gestützte Aufklärung, die nur aus Moskau kommen konnte. Am 14. April 1990 erschien die eingangs zitierte „Prawda“-Meldung, und Ende August ordnete das Büro des sowjetischen Ge-

neralstaatsanwalts eine strafrechtliche Untersuchung der Massenerschießungen von 1940 an. Zuvor hatten bereits Untersuchungen in Charkov und Kalinin begonnen, den anderen zwei Erschießungsstätten. Im Oktober 1990 entschuldigte sich Michail Gorbatschow offiziell beim polnischen Volk.³⁹

Die Tragweite des Schritts dürfte Gorbatschow geahnt haben. Obwohl bis zur Veröffentlichung des Tötungsbefehls 1992 noch verbrämt, bezichtigte die letzte sowjetische Regierung damit sich selbst und ihre Vorgänger bis hin zu Stalin der jahrzehntelangen Lüge. Das war eine unerhörte Begebenheit, umso mehr da es sich bei Katyn nicht um ein Verbrechen des Großen Terrors der 1930er-Jahre handelte. Die Dimensionen im Fall Katyn gingen über diejenigen des innersowjetischen Terrors hinaus: Die Opfer waren keine sowjetischen Staatsbürger; sie waren auch keine Kommunisten, die in die „Menschenfalle Moskau“ tappten.⁴⁰ Das Infragestellen des Stalin'schen Weltkriegsmythos war die politische und historische Sensation im Fall Katyn. Ohne Perestroika, Glasnost und den Druck der polnischen Dissidenten wäre sie nicht möglich gewesen.

Die seit dem Ende des Kalten Kriegs „wieder aufgetauchte“ stalinistische Gewalt- und Kriegserfahrung ist nicht nur eine Herausforderung für die historische Osteuropaforschung. Die Auseinandersetzung mit der das historische Koordinatensystem des Kalten Kriegs überschreitenden Geschichte geht einer europäischen Weltkriegserinnerung voraus, die ideologische Festungen verlässt, diese in ihrer Historizität aber mitdenkt. Die Massenerschießungen von Katyn lenken den Blick auf die gewaltgeschichtlichen Verflechtungen zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus. Und ihre Rezeption dokumentiert den Verlust dieser Geschichte in den ideologisierten Geschichtsbildern des Kalten Kriegs. Beide Diktaturen begegneten sich in der Zeit des Bündnisses ebenso wie im „Krieg um Kriegsverbrechen“. Im Zweiten Weltkrieg diente die Propaganda um die Verbrechen des Anderen immer auch dazu, den eigenen Terror zu relativieren. Im Kalten Krieg überdauerte diese Absicht in einer Erinnerung, die – je nach Akteuren – der Relativierungsangst, der Relativierungsabsicht und dem Stalin'schen Mythos vom „Großen Vaterländischen Krieg“ gehorchte.

Wie sehr die beiden Gewaltregime jedoch einander entsprachen, war gerade den Polen drastisch bewusst. Sie machten sich, wie eine makabere Plakataktion vom Frühjahr 1943 zeigt, wenig Illusionen über deren enge Verwandtschaft. Auf den Plakaten, die als Antwort auf die deutsche Katyn-Propaganda die Häuserwände von Krakau schmückten, hieß es: „Auf Anregung der Hauptabteilung Propaganda der Regierung im Generalgouvernement hat sich am 11. April ein

³⁹ Vgl. Ciencala/Lebedeva/Materski, *Katyn* (Anm. 3), S. 345.

⁴⁰ Die Polen waren im September 1939 gefangen genommen worden, d.h. noch vor den Wahlen Ende Oktober, denen das Dekret des Obersten Sowjets der UdSSR „Über den Erwerb der Staatsbürgerschaft der UdSSR durch die Bewohner der westlichen Bezirke der Ukrainischen und Weißrussischen Sowjetrepubliken“ folgte. Zum Zeitpunkt der Verhaftung waren sie demnach keine sowjetischen Staatsbürger.

Ausschuss der Repräsentanten der polnischen Bevölkerung nach Smolensk begeben, um sich an Ort und Stelle von der Bestialität der sowjetischen Polenmörder zu überzeugen. [...] Im Zusammenhang damit wird [...] in nächster Zeit ein analoger Ausflug nach dem Konzentrationslager in Auschwitz [...] organisiert. Dieser Ausflug soll beweisen, wie humanitär im Vergleich zu den bolschewistischen Methoden die deutschen Einrichtungen sind, mit Hilfe derer die Massenliquidation der polnischen Bevölkerung durchgeführt wird. Die deutsche Wissenschaft hat hier Ungeheures für die europäische Kultur geleistet, denn anstatt eines grausigen primitiven Massenmordes der unbequemen Bevölkerung kann man in Auschwitz Gas- und Dampfkammern, elektrische Platten usw. sehen, mit deren Hilfe Tausende von Polen in kürzester Zeit auf eine Weise, die der Ehre des großen deutschen Volkes entspricht, vom Leben zum Tode befördert werden können. [...] In den Sommermonaten sind weitere Ausflüge mit Sonderzügen nach den Konzentrationslagern in Mauthausen, Oranienburg, Dachau, Ravensbrück und andere vorgesehen.“⁴¹

Die Plakataktion polnischer Widerstandsgruppen verweist auf eine verstörende Verflechtungsgeschichte, der die Zeitgenossen im besetzten Polen ausgesetzt waren.⁴² Sie rückt allmählich in den Fokus der Geschichtswissenschaften. Die Hinwendung zu ihr ist eine Gegenwartsaufgabe der historischen Weltkriegsforschung. Eine „entangled history“ kann die heuristische Leere von Gewalthierarchien offenbaren, die der frühere Diktaturvergleich oft unintendiert, aber fast immer unausweichlich mit sich brachte.⁴³ Dass im Fall Katyns ausgerechnet Goebbels' Propaganda im Prinzip die wahren Täter benannte – mit der typischen Terminologie und Intentionalität –, löste vor und nach 1945 ein verständliches Unbehagen aus. Dieses Unbehagen jedoch hat seine Zeit und seinen Ort auch in der Geschichtskultur des Kalten Kriegs. Erst nach dessen Ende kann es nun, zusammen mit den Ereignissen selbst, im system- und epochenübergreifenden Kontext historisiert werden.

Dr. Claudia Weber, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36,
D-20148 Hamburg, E-Mail: claudia.weber@his-online.de

⁴¹ NARA, Microfilm Section, T 77 M, Roll 1443. Auslandspressemeldung des OKW Amt Ausland/ Abwehr vom 20.4.1943 über Feindpropaganda im Generalgouvernement.

⁴² Zur polnischen Perspektive bis in die Gegenwart vgl. etwa Krzysztof Ruchniewicz, Das polnische Kriegstrauma Katyn: Zwischen Instrumentalisierung durch die Kommunisten und Heroisierung der nationalen Opfer durch Polen, in: Kerstin von Lingen (Hg.), *Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945. Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis*, Paderborn 2009, S. 314-331.

⁴³ Ein eindringliches Beispiel für die wissenschaftliche Unergiebigkeit von Debatten über Gewalthierarchien ist bis heute der „Historikerstreit“ in der Bundesrepublik der späten 1980er-Jahre. Siehe dazu Klaus Große Kracht, *Debatte: Der Historikerstreit*, Version: 1.0, 11.1.2010, online unter URL: <<http://docupedia.de/zg/Historikerstreit>>.